



## Wenn billig teuer kommt

**Der höhere Preis von Bio-Produkten im Supermarkt schreckt weiterhin viele Kunden ab. „Bio“ gilt oft als elitär, als Hobby der Wohlhabenden. Unter den Tisch fällt, dass die konventionelle Landwirtschaft mit versteckten Kosten für die Allgemeinheit einhergeht, deren Ausmaß erheblich ist. Wo liegen Lösungen?**

SUSANNE WOLF, 26. März 2026, 0 Kommentare

Bio ist wertvoll – soweit der Konsens zumindest unter einer wachsenden Zahl von Konsumenten, die dafür meist höhere Preise in Kauf nehmen – und sich das leisten können. Doch müssen Bio-Lebensmittel eigentlich zwingend teurer sein als konventionell produzierte? Der Begriff „Kostenwahrheit“ stellt das in Frage. Gemeint ist damit, dass für Schäden, die von der konventionellen Landwirtschaft verursacht werden, derzeit oft die Allgemeinheit gerade steht. Für Deutschland hat die 2019 von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte Zukunftskommission Landwirtschaft, beruhend auf einer Studie der Boston Consulting Group, 90 Milliarden Euro Folgeschäden für die Umwelt errechnet, die von der traditionellen Landwirtschaft jährlich verursacht würden.

Preisvergleich im Supermarkt: Zahlreiche Produkte aus biologischer Landwirtschaft sind erheblich teurer als konventionell hergestellte – insbesondere tierische Produkte wie Eier oder Fleisch. Konsumenten, die mit ihrem Haushaltsbudget sorgsam umgehen müssen, greifen so lieber zu den günstigeren Produkten. Die höheren Preise für Bio-Produkte werden mit höheren Produktionskosten aufgrund arbeits- und platzaufwändigerer Verfahren im biologischen Pflanzenbau und in der Bio-Tierhaltung erklärt. Dazu kommt eine zeit- und kostenintensivere Verarbeitung, geringere Verarbeitungsmengen und dadurch höhere Stückkosten.

### Bio als Marktnische

Das Grundprinzip der biologischen Landwirtschaft ist die Kreislaufwirtschaft. Dazu gehören eine natürliche Düngung mit Kompost, Tiermist oder Pflanzenresten sowie ein Verbot von chemisch-synthetischem Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden). Angepasste Sorten, die Förderung von Nützlingen und

eine ausgewogene Fruchtfolge verringern den Krankheits- und Schädlingsdruck. Die Tierhaltung ist artgerecht mit großen Stallflächen, Einstreu und viel Auslauf. Das Futter ist biologisch erzeugt, Gensoja und Tiermehl sind nicht erlaubt. Auf Antibiotika und Hormone wird verzichtet. Bei der Verarbeitung von Biolebensmitteln sind Konservierungsstoffe, Farbstoffe oder künstliche Aromen verboten.

Obwohl Bio-Landwirtschaft weltweit am Vormarsch ist, bleibt sie in den meisten Ländern eine Marktnische. In Österreich, EU-weit Vorreiter beim Bio-Anbau, wurden im Jahr 2025 insgesamt 27 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch bewirtschaftet – also mehr als ein Viertel. In Deutschland waren es 2024 lediglich 11 Prozent der Flächen. Der geringe Anteil liegt zum Teil daran, dass die konventionelle Landwirtschaft von der EU gefördert wird und große Höfe zudem das meiste Geld erhalten. Kleine Landwirte kämpfen dagegen zunehmend ums Überleben.

## Externe Kosten der Landwirtschaft

Die Agrarindustrie gehört zu den größten Umweltsündern: Um die Erträge zu steigern, werden Pestizide und Kunstdünger eingesetzt, mit schweren Folgen nicht nur für Natur und Tierwelt, sondern auch für die menschliche Gesundheit. Das wurde zuletzt in der Debatte um das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat deutlich. Monokulturen zerstören die Böden und verbrauchen große Mengen an Wasser; in der Massentierhaltung leiden die Tiere unter widernatürlichen Bedingungen. Zudem kommt Soja als Tierfutter zum Einsatz, das dort angebaut wird, wo früher Wälder standen.

Die „intensive konventionelle Landwirtschaft“ sei „mit verantwortlich“ für negative Umweltauswirkungen, so Bio Austria, Fachverband für 12.000 Biobauern. „Dazu gehören Hochwasser durch weniger Speicherkapazität der Böden genauso wie Verunreinigung des Trinkwassers mit Pestiziden oder die Freisetzung von – in gesunden Ackerböden gebundenem – Kohlenstoff.“

Der in der Biobranche verankerte Verein Enkeltaugliches Österreich (ETÖ), der die österreichische Landwirtschaft „zukunftsstauglich machen“ möchte, arbeitet seit 2024 an einer umfassenden Meta-Analyse bestehender Studien: Die OECD schätze demnach die externen Kosten der Landwirtschaft auf 78 bis 157 Milliarden Euro – das entspräche etwa 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU. Weitere Schlussfolgerungen der ETÖ-Analyse: Der fortschreitende Verlust der Artenvielfalt belastet den europäischen Haushalt mit geschätzten 5 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr. Wasserverschmutzung und übermäßiger Wasserverbrauch würden mit weiteren 4 bis 7 Milliarden Euro zu Buche schlagen, während die Luftverschmutzung zusätzliche 5 bis 10 Milliarden Euro jährlich verschlinge. Hinzu kämen gesundheitliche Folgekosten durch Pestizideinsatz von schätzungsweise 2 bis 5 Milliarden Euro jährlich.

Barbara Holzer aus dem ETÖ-Vorstand erklärt, eine eigene Umfrage belege, dass viele Menschen nicht wüssten, dass sie „für die Folgekosten konventioneller Landwirtschaft mehrfach bezahlen - einmal beim Einkauf und ein zweites Mal über ihre Steuern.“ Mehr als 80 Prozent der Befragten wünschten sich, dass Folgekosten der konventionellen Landwirtschaft durch eine verstärkte bioregionale Lebensmittelproduktion vermindert werden, auch, um die Produkte günstiger zu machen. Gleichfalls mehr als 80 Prozent forderten demnach, der Staat solle die bioregionale Landwirtschaft stärker fördern, um zur Verringerung der Folgekosten beizutragen. Laut ETÖ-Berechnungen würden durch eine Umstellung auf 100 Prozent Bio-Landwirtschaft die Kosten in Österreich um mindestens ein Drittel sinken.

## **Ministerium: „Darstellung nicht ohne Weiteres nachvollziehbar“**

„Lebensmittelproduktion hat in erster Linie die Aufgabe, unsere Ernährung zu sichern sowie gesunde und sichere Lebensmittel zu liefern“ sagt eine Sprecherin des deutschen Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH). „Ob kleine oder große Betriebe, ob konventionell oder ökologisch wirtschaftende Betriebe – sie alle leisten einen wichtigen Beitrag zu unserer Versorgungssicherheit.“ Das BMLEH setze sich für das „bürokratiearme Sichtbar- und Messbarmachen von erbrachten Nachhaltigkeitsleistungen“ ein. Verbraucher will man „bei der Produktentscheidung unterstützen“. Um Forschungsvorhaben zu unterstützen, die sich mit der Transparenz bei Nachhaltigkeitsleistungen im Agrar- und Ernährungssektor beschäftigen, habe das Ministerium zudem eine Grundlagenstudie „True Cost Accounting Roadmap“ gefördert.

„Die Darstellung, dass konventionelle Landwirtschaft zwangsläufig intensiv und mit negativen Umweltwirkungen verbunden ist, ist nicht ohne Weiteres nachvollziehbar“, heißt es derweil aus dem österreichischen Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK). Es stimme zwar, dass in der konventionellen Landwirtschaft auf Grund der verfügbaren Betriebsmittel eine höhere Intensivierung leichter realisierbar sei als in der biologischen Landwirtschaft. Das Agrarumweltprogramm ÖPUL und die hohen Teilnehmerraten von über 80 Prozent der Betriebe mit über 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche, „auch bei konventionell wirtschaftenden Betrieben“, zeige jedoch, dass dies „nicht zwangsläufig der Fall sein muss“, so eine Sprecherin des Ministeriums. Negative Wirkungen auf Grundwasser, Erosion und Humusabbau seien nicht automatisch mit der Produktionsweise – biologisch oder konventionell – verknüpft, sondern hingen stark von einer standortangepassten Bewirtschaftung ab.

## **Was kosten Lebensmittel die Allgemeinheit wirklich?**

Der Frage der realen Kosten ging Dr. Tobias Gaugler vom Institut für Materials Resource Management der Universität Augsburg in der 2018 erschienenen Studie „How much is the dish – was kosten uns Lebensmittel wirklich?“ nach. „Unsere Untersuchungen offenbaren eine teils enorme Differenz zwischen den aktuellen Erzeugerpreisen und den wahren Kosten“, sagt Gaugler.

„Die höchsten externen Folgekosten und damit größten Fehlbepreisungen gehen mit der Produktion konventionell produzierter Fleisch- und Wurstwaren einher.“ Diese müssten auf Erzeugerebene dreimal so teuer sein, wie sie derzeit sind, die zweithöchsten Aufschläge müssten für konventionell hergestellte Milchprodukte erfolgen, die niedrigsten für Bio-Lebensmittel pflanzlichen Ursprungs, so der Forscher. Bei tierischen Produkten sei die Höhe der externen Kosten vor allem durch die energieintensive Aufzucht der Nutztiere bedingt: Futtermittelanbau, Beheizung und Belüftung der Ställe sowie der Stoffwechsel der Tiere führten zu Austragungen von reaktivem Stickstoff und von Treibhausgasen sowie zu einem Energiebedarf, der bedeutend höher sei als bei pflanzlichen Produkten.

„Für viele negative Klima-, Umwelt- und Gesundheitsfolgen, die sich aus der Produktion von Lebensmitteln ergeben, kommen aktuell weder die Landwirtschaft noch die Konsumenten auf“, kritisiert Gaugler. Ein weiteres Beispiel sei die von Verbrauchern getragene Wasserrechnung für die Aufbereitung von Trinkwasser, welches aufgrund von Düngemitteln belastet sei. „Hier handelt es sich um eine Form von Marktversagen, dem mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen begegnet werden müsste.“

## **Lösungsvorschläge**

Beispiele und Vorschläge, wie Bio-Produkte günstiger als konventionell hergestellte werden könnten, kommen aus verschiedenen Richtungen: Dänemark etwa erhebt eine Pestizidsteuer, die laut dem Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) den Pestizideinsatz gesenkt und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit von Bio-Erzeugern erhöht hat. Die ZKL und die – von der Bundesregierung 2019 als „Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung“ gegründete, inzwischen aber wieder eingestellte – Borchert-Kommission schlugen vor, die Mehrwertsteuer auf Fleisch schrittweise von sieben auf 19 Prozent anzuheben, um damit die Kosten für größere Tierwohl-Ställe zu bezahlen. Diese müssen derzeit einerseits von Tierhaltern, die ihre Tiere auf Bio-Niveau halten, selbst getragen werden und werden zugleich auf die Käufer des dementsprechend teuren Bio-Fleisches und anderer tierischer Bio-Produkte abgewälzt.

Das Ministerium in Wien sieht das gegenüber Multipolar kritisch: „Eine höhere Besteuerung von Fleisch berücksichtigt nicht, dass die Tierhaltung in Österreich eine entscheidende Rolle beim Erhalt der Kulturlandschaft spielt, insbesondere in der Almwirtschaft.“

Der BÖLW, Fachverband der deutschen Biobauern, fordert die Regierung derweil auf, Bio gezielt auszubauen, etwa in Form einer ökologischen Steuerreform und einer auf den Mittelstand ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Zudem schlägt der BÖLW Steuern auf chemisch-synthetische Pestizide und fossil erzeugte Düngemittel vor.

In Österreich legte der Umweltdachverband bereits 2019 der damaligen Regierung ein 5-Punkte-Programm für eine ökosoziale Steuerreform vor, um „Kostenwahrheit“ zu schaffen. Ein Punkt daraus lautete: „Die ökosoziale Steuerreform verlagert das Gewicht der Steuerleistung strukturell in Richtung Besteuerung von Energie- und Ressourcenverbrauch. Menschliche Arbeitskraft wird durch eine Senkung der Lohnnebenkosten steuerlich entlastet, hoher Energie- und Ressourcenverbrauch stärker belastet.“ Der Vorschlag wurde nie umgesetzt, die Regierung führte lediglich eine reine CO2-Steuer ein.

## **Bio-Einkauf ohne Mehrkosten möglich?**

Eine Studie des Instituts für biologischen Landbau FiBL im Auftrag von WWF Österreich argumentiert, dass ein Einkauf in Bio-Qualität ohne Mehrkosten möglich sei, wenn der eigene Ernährungsstil „nachhaltiger“ ausgerichtet werde. Demnach könne sich eine durchschnittliche vierköpfige Familie einen Warenkorb in Bio-Qualität leisten, wenn sie sich gesünder und umweltfreundlicher ernährt und die Verschwendung von Lebensmitteln reduziere.

„Für den eigenen Speiseplan heißt das: mehr Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte und im Gegenzug weniger Tierprodukte, Süßigkeiten und Softdrinks“, so Pegah Bayaty vom WWF. Sie fordert von der Bundesregierung „mehr Bewusstseinsbildung und Unterstützung für einen biologischen und pflanzenreichen Einkauf“ – konkret eine Mehrwertsteuersenkung auf Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte sowie eine durchgängige Haltungs- und Herkunftskennzeichnung für tierische Produkte im Handel und in der Gastronomie. Die größten Einsparungseffekte können durch eine rein pflanzliche Ernährung erzielt werden, ergänzt Studienautor Martin Schlatzer vom FiBL.

## **Nachfrage nach Bio-Produkten steigt**

Während immer mehr Konsumenten nach Bio-Produkten greifen, werden Bio-Landwirten oft Steine in den Weg gelegt. „In Österreich ist seit Ende 2024 kein Neueinstieg in die Bio-Maßnahme des Österreichischen Programms für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL) mehr möglich, Ende 2025 ist auch der Umstieg innerhalb laufender Verpflichtungen ausgelaufen“, schreibt Bio-Austria. „Die ÖPUL-Maßnahme ‚Biologische Wirtschaftsweise‘ ist die

Kernmaßnahme für Biobetriebe, um ihre Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, auch entsprechend abgegolten zu bekommen“, erklärt eine Sprecherin. Betriebe, die bereits am ÖPUL an anderen laufenden Maßnahmen teilnehmen, hätten aktuell keine Möglichkeit mehr, in die Bio-Maßnahme zu wechseln, falls sie ihren Betrieb auf Bio umstellen möchten. „Umstellen können sie trotzdem, haben zur Zeit aber keinen Zugang zu einer entsprechenden Fördermöglichkeit“, so die Sprecherin weiter.

„Das BMLUK setzt sich weiterhin aktiv für die Weiterentwicklung des Bio-Sektors in Österreich ein“, heißt es dazu aus dem Ministerium in Wien. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik strebe man „einen geeigneten Maßnahmenmix“ an, der darauf abziele, „den Bio-Sektor nachhaltig zu unterstützen“. Dazu würden Agrarumweltzahlungen und auch „gezielte Bewusstseinsbildung und Beratungsmaßnahmen“ zählen. Der Markterfolg der Bio-Produktion sei dabei entscheidend für ihre Weiterentwicklung.

Auch in Deutschland steigt die Nachfrage nach Bio, zugleich wird Bio-Gemüse aus dem Ausland importiert, wie der BÖLW kritisiert. „Die Bio-Gemüsebauerinnen und -bauern in Deutschland können aus zwei Gründen oft nicht mit ausländischer Ware kostenmäßig mithalten: Erstens wegen der höheren Lohnkosten insbesondere gegenüber Anbaubetrieben in Süd- und Südosteuropa, zweitens wegen der meist kleineren Größe ihrer Betriebe“, erläutert eine Sprecherin.

## **Auch Bio ist verbesserungswürdig**

Dass auch in der Bio-Landwirtschaft nicht alles perfekt ist, erklärt Bio-Landwirt Hubert Stark: „Das Bodenleben wird hier, ebenso wie in der konventionellen Landwirtschaft, meist ausgeblendet.“ Stark setzt sich mit der von ihm begründeten Humusbewegung für eine „regenerative Landwirtschaft“ ein.

„Alle reden gerade von Biodiversität, zugleich haben wir nach wie vor Monokulturen auf den Feldern, ebenso in der Bio-Landwirtschaft. Das passt nicht zusammen“, sagt der Bio-Bauer im Interview mit Multipolar. Auch in der ökologischen Landwirtschaft würden Böden durch schwere Maschinen zerstört oder durch lange unbewachsene Zeiträume geschädigt, so Stark. In der regenerativen Landwirtschaft dagegen gehe es darum, Böden wieder zu beleben und Humus aufzubauen. „Humus speichert nicht nur Kohlenstoff und Wasser, sondern auch wichtige Pflanzennährstoffe und trägt wesentlich zu einem ausgeglichenen, gesunden Boden bei“, erklärt Stark. Durch Humusaufbau könnten Böden Ertragsschwankungen durch Trockenheit, Hitze oder Starkregen besser abfedern. „Wasser wird länger gespeichert und ist somit auch in Trockenperioden verfügbar.“

Statt auf Veränderungen seitens der Regierung zu warten, plädieren Experten wie Hubert Stark dafür, selbst aktiv zu werden. „Wir benötigen ein Umdenken, dass das nicht eine kleine Gruppe stemmen kann. Wir brauchen mehr Menschen, die aktiv mit ihren Händen den Boden pflegen.“ Um Böden wieder fruchtbarer zu machen, brauche es Zeit und das Verständnis der gesamten Bevölkerung, ist Stark überzeugt – und ist damit nicht alleine.

Namhafte Vertreter der Permakultur wie Charles und Perrine Hervés-Gruyer kommen zu demselben Ergebnis. „Eine Gesellschaft kann nicht mit nur zwei bis drei Prozent Landwirten überleben“, schreiben die französischen Pioniere in ihrem Buch „Unser Leben mit Permakultur“. Und weiter: „Aber die Bauern von morgen werden nicht aus der schrumpfenden Bauernklasse kommen, sondern aus den Städten, Büros, Geschäften, Fabriken usw. Eines ist sicher: Sie werden nicht mit den Modellen der Vergangenheit auf das Land gehen.“

**Über die Autorin:** Susanne Wolf, Jahrgang 1968, arbeitet seit 2011 als freie Journalistin. 2013 erhielt sie den zweiten Platz des Österreichischen Zeitschriftenpreises. Sie ist Autorin der Bücher „Nachhaltig Leben“ (2013) und „Zukunft wird mit Mut gemacht“ (2019). 2022 war sie Mitinitiatorin der Petition „Für eine Erneuerung des Journalismus in Österreich“.

**Weitere Artikel zum Thema:**

- **Wem nützt Mercosur?** (Felix Feistel, 29.1.2026)
- **Lebendige Erde** (Interview mit Hubert Stark, 11.7.2025)
- **Zukunftsvision Humuserde** (Karsten Montag, 28.5.2024)
- **Neue EU-Saatgut-Verordnung: Was wird aus dem genetischen Kulturerbe?** (Hakon von Holst, 6.2.2024)
- **Dorfgemeinschaften machen sich unabhängig** (Ulrich Gausmann, 24.1.2024)
- **Permakultur: Mit der Natur arbeiten** (Susanne Wolf, 22.3.2023)
- **Mensch und Natur** (Wilfried Nelles, 17.4.2022)